

Aus dem Wortprotokoll der 51. Plenarsitzung am 26.1.2006

TOP 7: Letztes Kindergartenjahr beitragsfrei

Stadtverordnete Sylvia Weber, SPD:

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine Damen und Herren!

Bevor ich zum Thema komme, lassen Sie mich ein paar Bemerkungen vorweg über eine Sache machen, die heute in der Zeitung stand. Ich denke, dazu muss etwas gesagt werden.

Wer Kindern das Sprechen verbietet, foltert sie. Wer Kindern verbietet, in der einzigen Sprache zu sprechen, die sie können, wird erreichen, dass sie gar nicht mehr sprechen. Wenn heute die Kultusministerin in der Presse erklärt, sie habe nichts dagegen, dass einzelne Schulen anordnen, dass auf dem Schulhof nur noch deutsch gesprochen werden darf, dann passt das in das Bild, das ich von der Kultusministerin habe. Denn schließlich ist es auch Karin Wolff, die den muttersprachlichen Unterricht zu Gunsten einer Umerziehung abschafft. Die Linkshänder unter uns wissen, was ich meine. Man bekommt so lange auf die linke Hand geschlagen, bis man anfängt, mit der rechten zu schreiben. Doch diese Form der schwarzen Pädagogik, meine Damen und Herren, wollen wir in Frankfurt nicht.

(Beifall)

Wenn also heute auch die Frankfurter Schuldezernentin Ebeling in der Presse verkündet, sie habe nichts dagegen, wenn Eltern und Schulen, sofern sie sich einig sind, die Muttersprache auf dem Schulhof verbieten, dann finde ich das doch ein sehr starkes Stück. Ich zitiere aus der Frankfurter Rundschau von heute, damit Sie es mir glauben: „Die Frankfurter Schuldezernentin Jutta Ebeling, GRÜNE, lehnt die Verpflichtung zur Konversation in Deutsch ebenfalls ab, sie habe jedoch nichts dagegen, wenn sich Schulen entscheiden, dies als Integrationsmaßnahme einzuführen, wenn Schüler wie Eltern dem zustimmen würden.“ Dies ist eine Form des Laissez-faire, die ich an dieser Stelle leider nicht unterstützen kann. Ich fordere daher die Dezernentin auf, sich unmissverständlich vor die Kinder zu stellen und sie vor solchen Maßnahmen zu beschützen.

(Beifall)

Lassen Sie nicht zu, Frau Ebeling, dass Schulen die Muttersprache auf dem Schulhof verbieten, sondern sorgen Sie lieber für Integrations- und Fördermaßnahmen.

(Beifall)

Jetzt komme ich zum Thema. Wir reden über das letzte Kindergartenjahr. Das Viererbündnis im Römer ist in der vergangenen Legislaturperiode viel gescholten worden. Es sei zerstritten oder es sei nicht reformfreudig oder nicht in der Lage, Entscheidungen zu treffen und so weiter. Umso mehr freut es mich, dass es uns manchmal gelingt, sehr deutlich das Gegenteil zu beweisen. Wir beschließen heute auf Tagesordnung I und Tagesordnung II vier Anträge der vier Römerfraktionen, die mit wenigen Unterschieden im Detail doch im Grunde den gleichen Inhalt haben.

(Zurufe, Glocke)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Meine Damen und Herren, ganz besonders der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN-Fraktion, Sie haben die Rednerin so aus dem Konzept gebracht, dass sie selbst die Funktion des Stadtverordnetenvorstehers übernehmen musste und Sie darauf hinweisen wollte, dass Sie doch bitte ihren Ausführungen folgen mögen. Dieser Bitte möchte ich mich anschließen. Ich glaube, die ironischen Zwischenbemerkungen sind jetzt zur Genüge ausgetauscht, deshalb möchte ich um Aufmerksamkeit für die Kollegin Weber bitten.

Stadtverordnete Sylvia Weber, SPD:
(fortfahrend)

Ich bedanke mich sehr.

Also, worum geht es? Wir wollen das letzte Kindergartenjahr allen Eltern kostenlos anbieten, denn es darf nicht sein, dass ausgerechnet Eltern mit weniger Geld oder berufstätige Alleinerziehende, die einen Kindergartenplatz dringend brauchen, dass ausgerechnet diese Personen finanzielle Hürden überwinden müssen. Wir wollen auch Eltern dazu motivieren, ihre Kinder möglichst früh in eine Kita zu bringen, um zum Beispiel auch auf spielerische Art und Weise die deutsche Sprache zu lernen. Das bedeutet aber auch, dass wir die Kitas in einem zweiten Schritt zu Einrichtungen der frühkindlichen Bildung ausbauen und sprachliche, kulturelle und integrative Förderprogramme zur Verfügung stellen. Dies geht jedoch nicht ohne die Erzieherinnen, die personell entlastet und in ihrer Ausbildung aufgewertet werden müssen. Es ist natürlich klar, wenn man ihnen zusätzliche Aufgaben überträgt und sagt, sie sollen sich individuell um die Kinder kümmern, dass das mehr Zeit und auch mehr Personal braucht. Aus diesem Grund unterstützen wir auch den Antrag der GRÜNEN zur Erhöhung des Personalschlüssels, denn es ist ein weiterer Schritt zu unserem Ziel.

Natürlich gäbe es noch vieles zu tun, was nötig und denkbar wäre. Ich nannte bereits die individuelle Förderung, auch eine Verstärkung der Elternarbeit oder auch mehr Ganztagsplätze in den Kitas und so weiter. Vieles ist nötig, doch wir als SPD-Fraktion wollen einen Schritt nach dem anderen machen und nicht im Wahlkampf Dinge versprechen, die wir nachher nicht halten können. Aus diesem Grund haben wir die Forderungen der GRÜNEN nach erweiterten Öffnungszeiten mit Prüfung und Berichterstattung votiert, weil wir zuerst wissen wollen, was es kostet, um dann, in der nächsten Legislaturperiode, die ja nicht mehr weit entfernt ist, entscheiden zu können, welche der vielen notwendigen Maßnahmen am dringlichsten ist und welche wir zuerst umsetzen müssen oder wollen.

Auch in einem anderen Punkt sind wir uns einig: Wir geben in Deutschland viel Geld für Bildung aus, mehr als manche anderen Länder in Europa. Das meiste davon fließt jedoch in die Gymnasien und kommt damit nur wenigen Kindern zugute. Wenn wir aber alle unsere Kinder für die Zukunft fit machen wollen - und davon gehe ich aus -, dann, so sagen alle Studien der letzten Jahre, müssen wir deutlich mehr in die frühkindliche Bildung investieren. Damit fangen wir heute an.

Meine Damen und Herren, natürlich werden die GRÜNEN jetzt in ihrer nächsten Rede sagen, sie hätten die neue Bildungspolitik erfunden.

(Zurufe)

Das macht ihr doch bestimmt, ihr seid es gewesen, klar! Nachdem die Bundesministerin von der Leyen den kostenlosen Kindergarten gefordert hat, glaubt jetzt auch der CDU-Kreisvorsitzende, er hätte es erfunden und als Erster ins CDU-Wahlprogramm geschrieben. Dann streitet man sich trefflich, wer es denn als Erster erfunden hat. Ich finde das eher amü-

sant. Ich kann Ihnen versichern, auch in unserem Wahlprogramm steht es, und zwar ohne dass wir uns das vorher hätten vorsagen lassen müssen.

(Beifall)

Lassen Sie uns also diesen Quatsch beenden und uns freuen, dass wir uns in einem wichtigen Punkt der Bildungspolitik einig sind. Ich wünsche uns auch, dass diejenigen, die nach der Wahl in Frankfurt regieren, auch das Geld für die Umsetzung der heutigen Beschlüsse bereitstellen.

(Beifall)